



Adivasi-Rundbrief 32

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel
August 2008

Widerstand, Protest und Selbstorganisation der Adivasi Überblick zu jüngeren Entwicklungen

Narmada

Seit rund 25 Jahren kämpfen Adivasi und andere Flussbewohner entlang der Narmada um ihre Rechte. Bis heute bestätigen ihnen oberste Gerichte, dass ihnen essentielle Rechte vorenthalten worden sind und ihr Widerstand mehr als berechtigt ist.

Ein Urteil aus jüngerer Zeit betrifft den Omkareshwar-Damm in den Distrikten Khandwa und Dewas im Bundesstaat Madhya Pradesh. Der Damm zieht 30 Dörfer und 8-10.000 Familien in Mitleidenschaft. Im Juni 2008 stellte der Oberste Gerichtshof in Madhya Pradesh fest, dass in Zusammenhang mit dem Omkareshwar-Damm Fragen der Entschädigung und Wiederansiedlung noch nicht hinreichend geregelt sind. Das Gericht verweigerte die beantragte Erhöhung der Dammkrone über die aktuellen 189 Meter hinaus. Bereits im Februar 2008 hatte das Gericht festgestellt, dass alle Landbesitzer und ihre erwachsenen Söhne Anspruch auf bebaubares Land haben und eine Erhöhung des Damms nur in Frage kommt, wenn Entschädigung und Wiederansiedlung abschliessend geregelt worden sind. Der Oberste Gerichtshof Indiens bestätigte dieses Urteil. Die Landesregierung von Madhya Pradesh hatte 2002 versucht, diese Vorgabe durch eine Gesetzesänderung zu umgehen. Die Entschädigung durch Land sollte nur "im Rahmen des Möglichen" vorgenommen werden. Der Oberste Gerichtshof bestimmte hingegen, dass jedem Landeigner ein Minimum von 5 Acres (ca. 2 ha) bebaubares Land zusteht und daß diese Fläche verbindlich ausgewiesen sein muss. Das Gericht gab der Behörde für Ausgleichsmaßnahmen (Grievance Redressal Authority) 14 Tage Zeit, einen Bericht vorzulegen, wie viele Landbesitzer und deren Söhne mit Land zu entschädigen sind, und wer davon bereits andere Entschädigungsleistungen erhalten hat.

Die Bewegung zur Rettung der Narmada (Narmada Bachao Andolan) hat schon mehrfach auf die massive Korruption beim Bau, bei ökologischen

Ausgleichsmaßnahmen wie bei der Entschädigung im Zuge der Dammprojekte hingewiesen. Ein solcher Fall von Korruption (d.h. mangelnde Bausubstanz) scheint eine wesentliche Ursache für den Bruch des Betonbetts beim Hauptkanal gewesen zu sein, mit dem Wasser der Narmada zwecks Bewässerung nach Gujarat und zu Teilen nach Rajasthan kanalisiert wird. Der mehrere Meter breite Riss führte im Juni 2008 zur Überschwemmung von über 200 Häusern im Mehsanam Distrikt (Gujarat) und verdarb insbesondere das Futter der Viehzüchter. Eine Entschädigung ist nicht in Sicht. Es war der insgesamt dritte Bruch am Hauptkanal, der eigentlich erdbebensicher gebaut sein sollte.

Polavaram

Am Unterlauf des Flusses Godavari, nahe dem Ort Polavaram (East Godavari Distrikt; Andhra Pradesh), soll ein riesiger Staudamm gebaut werden: 60.063 ha und ca. 250 Dörfer in Andhra Pradesh, 2.398 ha und 13 Orte in Chhattisgarh sowie 1.230 ha und 10 Dörfer in Orissa würden überschwemmt (weitere Details im Adivasi-Rundbrief 26, Mai 2006).

Der Widerstand gegen das Großprojekt unter den Adivasi ist hier bislang weniger umfangreich und spektakulär im Vergleich zur Narmada, aber genauso entschieden und alle Register in Anspruch nehmend. Im Januar 2008 wurde eine Studie des International Water Management Institute veröffentlicht, die Fragen zur Rechtmäßigkeit des bisherigen Anhörungsverfahrens sowie zu grundlegenden Daten des Projekts aufwirft. Mängel sowohl im Anhörungsverfahren als auch bei der Überprüfung zur Vergabe der Umweltlizenz werden dort aufgeführt. Eine Konsequenz hatte die nationale Einspruchsbehörde zum Umweltschutz bereits im Dezember 2007 gezogen und die Umweltlizenz zurückgenommen. Das Projekt ist damit allerdings nicht erledigt.

Koel Karo

Das im Bundesstaat Jharkhand befindliche Koel Karo-Gebiet liegt etwa 80 Kilometer südwestlich der Landeshauptstadt Ranchi. Dort leben überwiegend Adivasi der Völker Munda und Oraon (vgl. Adivasi-Rundbrief 20). An den Flüssen Koel und Karo sollten Staudämme zur Stromgewinnung errichtet werden. Im Jahr 2003 wurden die Pläne für das Staudammprojekt zwar zu den Akten gelegt, aber die Führer des Koel Karo Jan Sangathan (KKJS; Koel Karo Volksvereinigung) sind sich nicht sicher, wie endgültig diese Entscheidung der Landesregierung ist. Außer dem Staudamm droht mittlerweile ein von Arcelor-Mittal in Kamdara (Gumla Distrikt) und Torpa (Khunti Distrikt) vorgesehene Stahlwerk mit sozialen und kulturellen Verwerfungen und Vertreibungen. Die Vorstudien zum Stahlwerk scheinen abgeschlossen. Allerdings hat die lokale Bevölkerung noch keine konkreten Arbeiten wie etwa Vermessungen beobachtet. Wenngleich sich führende Repräsentanten der Widerstandsbewegung optimistisch über die Schlagkraft der KKJS äußern, wird der Protest möglicherweise schwieriger zu organisieren sein als gedacht. Angesichts der systematischen Vernachlässigung der Infrastruktur in dieser Gegend, geringer Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeit bei gleichzeitig hohen Abwanderungsraten und Alkoholproblemen vor allem bei jungen Leuten dürfte ein Stahlwerk auf offenere Ohren stoßen als ein kaum arbeitsplatzschaffender Staudamm mit Elektrizitätswerk.

Die Notwendigkeit sozialer Entwicklung hat die KKJS schon vor mehreren Jahren dazu bewogen, darüber nachzudenken, die Gegend mit eigenen Mitteln und nach eigenen Maßstäben zu organisieren. Es entstanden Projektideen wie etwa kleine Staudämme zwecks alternativer Stromversorgung und kleinräumlicher Bewässerung für den diversifizierten Anbau von Gemüse und Obst oder eine zusätzliche Weizenernte. Die Frauen organisieren bereits Trainingskurse etwa zur Geflügelzucht, zum Anbau von Gemüse und Fruchtbäumen (Papaya und Guaven zur Herstellung von Mixed Pickles oder Chutney), oder zur Fabrikation von Tellern aus Blättern für den Familiengebrauch bei großen Festen oder zum Verkauf auf dem Markt. Bezugspunkt ist die Selbstversorgung und die damit verbundene Absicht, eine gewisse Kontrolle über den Fortgang der Entwicklung bewahren zu können.

Wie ein solches Vorhaben zu organisieren, was an externer Unterstützung notwendig ist und wie dies etwa durch eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Indien unterstützt

werden kann, war Gegenstand der Gespräche einer Koel-Karo-Delegation mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Juni 2008. Die Gespräche waren von der Adivasi-Koordination und Gossner Mission vorbereitet worden.

Als nächster Schritt steht an, zu diesem Themenkomplex eine Expertenrunde im Herbst 2008 oder Anfang 2009 zu organisieren. Einen Tag lang werden die bisherigen Erfahrungen der Zusammenarbeit mit Adivasi in Indien gebündelt, systematisiert und auf ein Konzept der Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in Indien bzw. Asien hin verdichtet. Anschliessend wird das Ergebnis interessierten Abgeordneten vorgetragen.

Staudämme im Nordosten

Nur wenig beachtet durch die internationale Öffentlichkeit plant die indische Regierung seit Jahren ein Netz an Mega-Staudämmen im Nordosten des Landes mit einer Gesamtleistung von rund 55.000 MW Elektrizität. Ein Teil der Energie soll exportiert werden. Auch die Gegenwehr der lokalen Bevölkerung blieb meist im Verborgenen. Besonders betroffen ist der Bundesstaat Arunachal Pradesh.

Im dortigen Dibang Valley Distrikt blockierten vor kurzem zornige Demonstranten die Anhörung zum Staudamm für das Dibang Multipurpose Project in New Anaya. Der Dibang ist ein Nebenarm des Brahmaputra. Das Projekt umfasst ein 3000 MW großes Elektrizitätswerk sowie Rückhaltebecken zwecks Flutregulierung. Im Januar 2008 legte Indiens Ministerpräsident Manmohan Singh den Grundstein. Wäre das Staubecken zur Gänze gefüllt, würde das aufgestaute Wasser eine Länge von etwa 43 Kilometer betragen. 5.000 Hektar der Mishmi-Berge würden unter Wasser gesetzt. Es wäre der mit 288 Metern höchste Staudamm Indiens, der den etwa 12.000 Angehörige zählenden Idu Mishmi den kulturellen und religiösen Raum rauben würde. Der Widerstand der lokalen Bevölkerung ist fast einhellig.

Bis September 2007 waren mehrere Absichtserklärungen (*Memorandum of Understanding*) mit öffentlichen und privaten Investoren über 39 Projekte und eine Gesamtleistung von 24.471 MW gezeichnet worden. Mit von der Partie ist unter anderem die Japan Bank for International Cooperation (JBIC). Laut *Economic Times* (New Delhi) vom 9. März 2008 ist die JBIC auch an einer Beteiligung beim Dibang Multipurpose Project interessiert.

In den offiziellen Stellungnahmen zu den Projekten kommen die indigenen Völker in den Gebieten ebenso wenig vor wie Erdbeben, eine poröse Gesteinsstruktur und eine relativ unberührte biologi-

sche Vielfalt. Experten verweisen darauf, dass in den Tälern des Dibang und Lohit die größten Waldgebiete Indiens unter tropischen, subtropischen und gemäßigten Klimaverhältnissen zu finden sind - mit entsprechender Vielfalt an Fauna und Flora. Schockierend ist angesichts dieser Fakten die Feststellung in der Umweltverträglichkeitsstudie (Environment Impact Assessment), es sei im Projektgebiet keine nennenswerte Tierwelt zu beobachten. Derartige Mängel werden Gegenstand juristischer Klagen sein. Ohne eine massive Unterstützung des Protests durch eine kritische, auch internationale Öffentlichkeit wird das Projekt jedoch solche Klippen vermutlich leicht umschiffen.

Netarhat Field Firing Range

Eine der ersten Begegnungen der Adivasi-Koordination mit dem Widerstand der Adivasi fiel 1994 auf das Schießübungsgelände der indischen Armee in Netarhat im heutigen Bundesstaat Jharkhand. Damals trat ein informelles Moratorium in Kraft, und die Bewohner zeigten sich optimistisch, die Einrichtung eines ständig genutzten Übungsgeländes verhindern zu können. Die Regierung des damaligen Bundesstaates Bihar hatte geplant, der Armee ungehinderten Zugang zum Gelände zu verschaffen. Bis dahin übte das Militär durchschnittlich drei Mal pro Jahr mehrere Tage lang, hinterließ beträchtliche Flurschäden und entschädigte die kleinbäuerlichen Familien nur in geringem Maße wie sonst auch.

Nachdem durch einen glücklichen Zufall die Pläne der damaligen Bihar-Landesregierung an die Öffentlichkeit gelangten, organisierten sich die dort angesiedelten Adivasi und forderten nicht nur die Rücknahme der Erweiterungspläne, sondern die komplette Schließung des Übungsgeländes für militärische Zwecke. Der Protest reichte bis zum Weltsozialforum 2004 in Mumbai. Die Widerstandsbewegung Jan Sangharsh Samiti konnte dann Ende Januar 2007 einen vorläufigen Erfolg feiern. Der damalige Verteidigungsminister A.K. Anthony teilte mit, dass das Ministerium nicht die Absicht habe, in den Distrikten Gumla und Latehar Land für ein Schießübungsgelände zu erwerben. Von einer endgültigen Aufgabe war in dem Schreiben allerdings nicht die Rede. Die Ankündigung der Landesregierung von Bihar im Amtsblatt zwecks Landüberweisung wurde – ähnlich wie im Falle Koel Karo – offiziell bislang nicht zurückgenommen.

Bergbau und Industrieansiedlungen

Misstrauen gegenüber Fremden ist in Adivasi-Gebieten spürbar, die reich an Erzen, Mineralien und anderen Bodenschätzen sind. Vor allem in Jharkhand und in Orissa liegt der vermeintliche Reichtum zum Teil offen zutage. Interessierte wie der Konzern Tata Steel verhehlen nicht, dass sie es auf diesen Reichtum abgesehen haben. Die jahrzehntelangen Erfahrungen belegen, dass das Misstrauen damit mehr als berechtigt ist. Im "Normalfall" gehen mit der Ausbeutung der Bodenschätze Vertreibung und Verlust der natürlichen Umwelt einher - bei geringfügiger oder keinerlei Entschädigung.

Erst jüngst, Anfang 2008, gab Tata Steel bekannt, im Seraikela Distrikt (Jharkhand) ein Stahlwerk mit 12 Mio. Tonnen Jahreskapazität errichten zu wollen. Dazu brauchen sie Gelände, das den Adivasi gehört. Gewarnt durch frühere Beispiele, haben die Bewohner des Dorfes Tentoposi einen Verteidigungsring um das Dorf eingerichtet, den sie Tag und Nacht bewachen. Niemand von außen darf ohne Absprache in das Dorf. Was für unsere Erfahrungswelt nach Räuber- und Gendarm-Spiel aussieht, ist für solche Adivasi-Gemeinschaften makabre Notwendigkeit. Allzu leicht könnten etwa einzelne Mitglieder des Dorfes korrumpiert und zur Einwilligung in einen Besitzübertrag genötigt werden (unter Umgehung des *Chhotanagpur Tenancy Act* etwa durch einen Vertrag über Erbbaurecht) und damit den Bestand des gesamten Dorfes gefährden. Ähnliche Maßnahmen ergriffen Adivasi insgesamt 30 Dörfern, unter anderem auch im Karanpura-Gebiet (Hazaribagh, Jharkhand), bekannt für reichhaltige Kohlevorkommen. Dort würde der Tagebau ungefähr 14.000 Adivasi landlos machen. Die Landesregierung von Jharkhand hat insgesamt 44 Absichtserklärungen zwecks Industrieansiedlungen gezeichnet - unter anderem mit Arcelor Mittal, Tata und Jindal. Alles zusammen müssten 45.000 Hektar Land enteignet und 1 Mio. Menschen umgesiedelt werden. Während die Planungen zur Umsetzung der Projekte in vollem Gang sind, ist bislang an keiner Stelle von geplanten Ausgleichsmaßnahmen für die lokale Bevölkerung die Rede. Die Vorhaben werden zur Not auch mit Gewalt durchgesetzt. Die blutigen Konflikte in Singur (Westbengalen) und Kalinga Nagar (Orissa) verweisen auf die Entschlossenheit der Projektbetreiber. Umgekehrt haben sich in Jharkhand über 60 Organisationen der Adivasi zusammengeschlossen und eine Art ‚Mining Watch‘ aus der Taufe gehoben, das Jharkhand Mines Area Coordination Committee (JMACC), um Bergbau und Vertreibung zu verhindern.

Kalinga Nagar

Nach der blutigen Niederschlagung des Adivasi-Protests am 2. Januar 2006 (vgl. Adivasi-Rundbrief 26, Mai 2006) war die Landesregierung von Orissa nach außen um Schadensbegrenzung bemüht und hielt sich mit martialischen Auftritten zurück. Dieser Teil der Projektdurchführung scheint jetzt privaten Sicherheitsfirmen überlassen zu sein.

Im Juni dieses Jahres bekamen die Adivasi im Projektgebiet neue Nachbarn. Rund 200 Auswärtige schlugen in Sichtweite zum geplanten Werk von Tata Steel zwei Camps auf. Allem Augenschein nach handelte es sich nicht um Stahlarbeiter, sondern um Angehörige einer Sicherheitsfirma. Bereits nach wenigen Tagen suchten sie die Provokation, fuhren mit Motorrädern durch die Adivasi-Dörfer und reklamierten symbolisch die Inbesitznahme des Geländes. Dieses Ansinnen wurde zwar mit Protest beantwortet, und die Motorräder wurden in Brand gesetzt. Die Dorfbewohner befürchten jedoch, dass es nicht bei Provokationen dieser Art bleiben wird.

Das lange Warten - Koraput District, Orissa

Dass Adivasi-Gemeinschaften bis heute ohne Entschädigung von Haus und Hof vertrieben werden, und dass Regierungen zugesagte Leistungen nicht erbringen, ist für Indien nichts Neues, wenngleich immer wieder empörend. Die Geschichte des Stahlwerks Rourkela ist hier in mehrfacher Hinsicht beredtes Zeugnis und für viele Adivasi-Gemeinschaften zum Menetekel geworden. Angesichts der vielen geplanten Infrastrukturprojekte ist es höchste Zeit, hier eingehender Rechenschaft einzufordern und die Tragweite dieser Tragödien durch kontinuierliche Veröffentlichung der meist verborgen bleibenden Tatbestände zu verdeutlichen.

Die Kondhs und Gonds im Chitrakonda-Gebiet (Koraput Distrikt, Bundesstaat Orissa) wurden zuerst im Zuge des Machkund-Staudamms zwangsweise umgesiedelt und später durch das Balimela-Dammprojekt nochmals. Der damalige indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru hatte 1964 den Grundstein dafür gelegt. 154 Dörfer im Einzugsgebiet von Panasput, Jodamba, Ralegada, Papermetla, Andrapalli und Badapoda und etwa 150.000 Adivasi warten bis heute auf Entschädigung und Ausgleichsleistungen für die erzwungene Umsiedlung und Zerstörung der natürlichen Umgebung. Große Teile des ursprünglichen Waldes wurden für die verschiedenen Projektkomponenten eingeschlagen, eine Aufforstung erfolgte nicht. Staatliche

Einrichtungen für Gesundheit, Ausbildung oder Grundversorgung mit Dingen des täglichen Lebens sind dort überwiegend nur auf dem Papier existierend, wenn überhaupt, Malaria und durch verseuchtes Wasser ausgelöste Krankheiten weit verbreitet. Überlebenswille, Kreativität und Improvisationsvermögen im Wanderfeldbau haben die Adivasi bislang dort ausharren lassen. Unterstützung hätten sie bitter nötig, seit über 50 Jahren – ein langes Warten.

Adivasi-Rundbrief Nr. 32, August 2008

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, Tel. 06441-43124, escher_hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft eG Frankfurt, Konto-Nr. 400 3764, BLZ 520 604 10. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift „Südasiens“. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe ab 1997 sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de.